



UNGARN (MAGYARORSZÁG)

Fläche	93 032 km ² (größer als bspw. Bayern)
Einwohner	10,0 Mio. Einwohner (vgl. Niedersachsen – 8,0 Mio. EW, Baden-Württemberg – 10,7 Mio. EW)
Einwohner/km²	109 Einwohner / km ²
Hauptstadt	Budapest (1,70 Mio. Einwohner, vgl. Hamburg oder Wien)
Staatsform	Parlamentarische Republik Ungarn verfügt über ein Ein-Kammern-System mit einem Staatspräsidenten (László Sólyom, seit 2005) als Staatsoberhaupt, der die Regierung ernennt und repräsentative Aufgaben wahrnimmt. Ministerpräsident war bis April 2010 der parteilose, den Ungarischen Sozialisten nahestehende Gordon Bajnai. Die Wahlen vom April 2010 hoben nun den früheren Ministerpräsidenten Viktor Orbán der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz mit einer Zweidrittel-Mehrheit ins Amt.
Religion	6,6 Mio. Katholiken, 2 Mio. Calvinisten, 430 000 Lutheraner, ferner Orthodoxe, Juden und Muslime
BIP/Einwohner	16.800 € (nach Kaufkraftstandard, 2008) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 29.300 € Niveau des BIP/Kopf: 63 % des Durchschnitts der EU (27)
BIP-Wachstumsrate	1,5 % (2008), -6,4 (2009), 0,5 (für 2010 prognostiziert)
davon Anteil der Beschäftigten in:	
Landwirtschaft:	4,0 %
Industrie:	29,6 %
Dienstleistung + Staat:	66,4 %
Inflationsrate	4,0 % (Ende 2009)
Arbeitslosenquote	10,2 % (Ende 2009)

Aus historischen und politischen Erwägungen („**Rückkehr nach Europa**“ nach Jahrzehnten der sowjetischen Zwangsherrschaft) genießt der am **1. Mai 2004** erfolgte **Beitritt** Ungarns zur **EU** einen nach wie vor hohen Stellenwert in der ungarischen Außenpolitik. Ungarn versteht sich als europäisches Land mit einer über 1000-jährigen Geschichte, auch wenn die Ungarn/Magyaren ethnisch betrachtet ursprünglich aus dem Inneren Asiens stammen und so ihre eigene finno-ugrische Sprache mitbrachten. Nach der Niederlage auf dem Lechfeld bei Augsburg im Jahr 955 gegen König Otto I, den späteren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, hat Ungarn während seiner Geschichte immer wieder bewiesen, dass es als Modell zur Integration verschiedener Nationen und Kulturen dienen kann. Schon die Heirat des im

Jahr 1000 gekrönten Heiligen Stephan I. mit Gisela, der Schwester des HRR Kaisers Heinrich II., trug zur Einbindung Ungarns in die feudale Herrschaftsarchitektur in Europa bei, die insbesondere in die Hochphase, aber auch den Niedergang der Habsburger k. u. k. Donaumonarchie mündete.

Da Ungarn bereits früher bi- oder trilaterale Verträge geschlossen hat bzw. in supranationale Organisationen eingebunden war, wird die Mitgliedschaft in der EU weniger als Souveränitätseinbuße verstanden, sondern als Möglichkeit bewertet, durch supranationale Gremien den Einfluss kleinerer Nationen zu stärken. Seit März 1999 ist Ungarn auch Mitglied in der **NATO**. Darüber hinaus legt Ungarn Wert auf ein gutes Verhältnis zu seinem Nachbarstaaten (Rumänien, Slowakische Republik, Ukraine, Serbien, Kroatien, Slowenien und Österreich) und die Unterstützung der dort lebenden, zahlenmäßig sehr bedeutsamen ungarischen Minderheiten. Allein in Rumänien leben ca. 1,6 Mio. Menschen ungarischer ethnischer Abstammung. In der Slowakei sind das ca. 550.000, in Serbien ca. 300.000 Menschen. Insgesamt leben ca. 4,5 Mio. ethnische Ungarn außerhalb der Landesgrenzen.

Von der seit 2004 bestehenden EU-Vollmitgliedschaft erhofft sich Ungarn

- die endgültige „**Rückkehr**“ in die westliche Welt und Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit im kollektiven Zwangssystem
- **Stabilität** und **Sicherheit** für das Land, das an viele südosteuropäische Länder grenzt (Serbien, Kroatien, Rumänien)
- Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**
- Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie
- eine nachholende **Modernisierung der Volkswirtschaft**, Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt (europäischer Kernraum) und **Stabilisierung der Demokratie** und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Ungarn bewusst, dass in der Europäischen Union das niedrige Pro-Kopf-Einkommen und soziale Diskrepanzen im Lande als problematisch bewertet werden. Zudem ist klar, dass es in den „alten“ EU-Ländern wenig engagierte Befürworter für eine Öffnung der bislang bestehenden Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer gibt. Vor allem Deutschland und Österreich wollen ihre Arbeitsmärkte für ungarische und auch andere mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer nicht vor 2009 oder gar erst 2011 öffnen.
- vor allem eine zügige **Verbesserung des Lebensstandards**, wobei den EU-Sozialstandards große Bedeutung beigemessen wird.

Der Beitritt möglichst weiterer mittel- und osteuropäischer Staaten zur EU 2004 lag immer im Interesse Ungarn. Auch die EU-Vollmitgliedschaft Rumäniens, gerade wegen der dort lebenden **ungarischen Minderheit**, sowie Bulgariens wurde stets gut geheißen und der Beitritt Kroatiens unterstützt. Denn dadurch soll die Gefahr einer neuen Teilung Europas gebannt und die Spaltung in ein wohlhabendes, stabiles Westeuropa und ein instabiles Osteuropa vermieden werden. Auch dem gegenwärtig auf EU-Ebene zu verhandelnden Beitritt der Türkei steht die offizielle ungarische Politik positiv gegenüber, wenn seitens der Türkei die Kopenhagener Kriterien zur Gänze erfüllt werden können. Historische Feindseligkeiten aufgrund der mehr als 150 Jahre dauernden türkischen Fremdherrschaft im 16. und 17. Jahrhundert spielen in dieser Frage offenbar keine Rolle.

Das politische System seit 1989

Ungarn löste sich schon in den 1970er und 1980er Jahren langsam, gradualistisch von dem autoritären sozialistischen System (Stichwort: „Gulaschkommunismus“). Seit Ende der 1980er Jahre entwickelte sich eine parlamentarische Demokratie. Ungarns Wende war nicht durch eine gesellschaftliche Revolution oder einen Umsturz geprägt, sondern maßgeblich durch innere Kräfte des Reformsozialismus innerhalb der ehemaligen kommunistischen

Partei MSZMP bestimmt. Dies unterscheidet Ungarn deutlich von der Wende in der ehemaligen DDR oder dem Druck seitens der anti-kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen. Gleichwohl bildete sich in Ungarn eine starke anti-kommunistische Protestbewegung heraus.

Ungarn gelang in den Jahren **1989/1990** der **friedliche Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem**. Der friedliche Wechsel von Regierungen zeugt von der Stabilität der ungarischen Demokratie. Auch wenn der politische Reformprozess nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, verfügt Ungarn über eine relativ feste parlamentarische Parteienstruktur sowie momentan stabile Regierungs- und Koalitionsverhältnisse. Das Parteiensystem (sozialdemokratische/postsozialistische und linksliberale Richtung sowie bürgerlich-konservative Ausrichtung) zeigt die Polarisierung der politischen Landschaft. In Folge der Parlamentswahlen im Jahre 2002 wurde die Mitte-Rechts-Regierung von einer postsozialistisch-linksliberalen Koalition abgelöst. Der Beitritt zur EU war auch für die momentane Regierung das vorrangige Ziel. Insofern ist auch hier Kontinuität zu beobachten.

Mittlerweile ist das ungarische Verfassungsgericht – es entspricht etwa dem deutschen Bundesverfassungsgericht – zu einer populären staatlichen Institution geworden. Die Minderheiten in Ungarn haben das Recht, sich selbst zu verwalten und ihre Sprache und Kultur zu pflegen. Jedoch sind die individuellen und kollektiven Rechte der ethnischen Gruppe der Roma noch immer ungenügend. Ihr Ausbildungsstand und ihre Lebensbedingungen liegen deutlich unter denen der Mehrheit der ungarischen Bevölkerung. Das Land hat bereits bis 1997 den größten Teil der EU-Binnengesetzgebung umgesetzt und entspricht so den Anforderungen der EU.

Auch die zunehmende regionale Kooperation mit den Nachbarstaaten und die Klärung von Minderheitenfragen mit den Nachbarn im Rahmen von Grundlagenverträgen waren sehr gute Voraussetzungen für den EU-Beitritt. Die Öffnungen bisheriger Grenzübergänge (beispielsweise mit der Slowakischen Republik) schafften günstige Voraussetzungen für eine zunehmende ökonomische und kulturelle Verflechtung. Der Handel Ungarns mit seinen direkten Nachbarn wuchs in den beiden letzten Jahrzehnten dynamischer als der Handel mit der EU.

Politik heute (2007 bis 2010)

Der Wahlkampf im Frühjahr 2010 geriet ganz im Gegensatz zur dramatischen Auseinandersetzung im Jahr 2006, die von einer personalisierten Zuspitzung des Duells zwischen **Ferenc Gyurcsány**, dem damals amtierenden Ministerpräsidenten und dem damaligen Herausforderer **Viktor Orbán** (Ministerpräsident von 1998 bis 2002), gekennzeichnet war, zu einer diesmal wenig aufregenden Veranstaltung. Zu klar waren die neuen Machtverhältnisse absehbar, die nun durch die Parlamentswahlen vom April 2010 eine satte Zweidrittel-Mehrheit für die bürgerlich-konservative Partei Fidesz hervorbrachten. Orbán sah in Gyurcsány und der gesamten Partei der Ungarischen Sozialisten MSZP die perfekte Verkörperung der „Luxuslinken“, die soziale Gerechtigkeit predigen und selbst auf zweifelhafte Weise zu materiellem Wohlstand gekommen sind.

Der Wahlausgang zeigte, dass die Ungarn mit überwältigender Mehrheit der seit 2002 regierenden sozialistisch-linksliberalen Koalition das Vertrauen entzogen. Die diesmal nicht polarisierende Kampagne des bürgerlich-konservativen Lagers unter Führung von Orbán, bei der inhaltliche Fragen klar dominierten, brachte nun den vom konservativen Parteienspektrum intendierten Machtwechsel.

Kurzer Rückblick

Im Spätsommer 2006 eskalierte die Situation in der ungarischen Hauptstadt Budapest mit einer ersten Schockwelle derart, dass befürchtet werden musste, Pariser Zustände mit wochenlangen Straßenschlachten und massiven Beschädigungen würden Einzug halten. Die zweite Protestwelle mit Krawallen und Straßenkämpfen setzte ausgerechnet am 23. Oktober 2006 ein. Die Feierlichkeiten des **50. Jahrestages des Aufstandes von 1956** gegen die kommunistische Sowjetherrschaft wurden wiederum von regierungsfeindlichen Protesten überschattet, denen sich auch gewaltbereite Rechtsradikale, Nationalisten und Skins anschlossen. Besonders schwer wiegt die Tatsache, dass die Feierlichkeiten dieses nationalen Gedenktages, der für die ungarische Identität von nicht zu überschätzender Bedeutung ist, von der postkommunistischen MSZP, die nach den Worten des damaligen Oppositionsführers Viktor Orbán eine „illegitime Regierung“ darstellte, ausgerichtet wurden. Den Beteuerungen von Ministerpräsident Gyurcsány zum Trotz, dass sich Ungarn jetzt als moderner, demokratischer Staat versteht, entzündete sich ein heftiger Streit, wem in den politischen Eliten und wem in der Gesellschaft, die so tief gespalten ist wie noch nie seit 1990, das geistige Erbe des Aufstandes von 1956 zustehe. Bei all der zynischen Schärfe der Auseinandersetzung konnte den wahren Helden und den Tausenden von Todesopfern des blutigen Aufstandes in keinerlei Weise gebührend gedacht werden.

Die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung verlief nur sehr vordergründig entlang der Linie Anti-Kommunismus (frühere Oppositionspartei und nun Regierungspartei Fidesz) versus Post-Kommunismus (Ungarische Sozialistische Partei MSZP). Vielmehr ging es um völlig divergierende Positionen des **oppositionellen konservativ-bürgerlichen Lagers**, das nicht davor zurückschreckte, in der Gesellschaftspolitik populistische Töne anzuschlagen, die gepaart sind mit linken, interventionistisch orientierten wirtschafts- und sozialpolitischen Ansätzen. Diese Positionen prallten in einem permanenten Diskurs, der bisweilen außerparlamentarisch ausgetragen wird, auf **post-sozialistische, linksliberale Ansätze**, die in Wirklichkeit die Reformunfähigkeit und den unbedingten Machterhaltungswillen der Regierungskoalition offenbarten. Der knapp abgewendete Staatsbankrott aufgrund der völlig zerrütteten Staatsfinanzen, der im Gefolge der Weltfinanzkrise und weltweiten Rezession massiv offenkundig wurde, erschwerte nun die Reformbemühungen zusehends.

Der zwischenzeitlich amtierende Regierungschef **Gordon Bajnai**, der von 2009 bis zum April 2010 regierte, bezeichnete sich selbst als "Krisen-Manager ohne politische Ambitionen". Bajnai kündigte Sparmaßnahmen und Wirtschaftsreformen an. Viele Ungarn mussten sich darauf einstellen, Opfer zu bringen, sagte der parteilose Politiker. An die Spitze der Ministerien für Wirtschaft, Finanzen, Soziales sowie Verkehr und Energie berief Bajnai ebenfalls parteilose Experten. Ungarn wurde von der Krise besonders hart getroffen. Nach Angaben des nationalen Statistikamtes ist die Arbeitslosenrate zwischen Dezember 2008 und Herbst 2009 auf 10,2 Prozent gestiegen. Ende des Jahres 2008 musste die Regierung Kredite von rund 25 Milliarden Dollar (19 Milliarden Euro) beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und EU-Institutionen beantragen.

Schon bei den Wahlen zum Europaparlament im Juni 2009 kam es zu einem wenig überraschenden, erdrutschartigen Sieg der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz und der rechtsextremen Partei Jobbik („Die Besseren“ bzw. „Die Rechten“). Diese Entwicklung zeigt sowohl die mangelnde Konsolidierung der demokratischen Parteienstruktur in Ungarn als auch den massiven Zulauf zu rechtsnationalen, bisweilen extremen Tendenzen. Diese Entwicklung setzte sich nun bei den richtungsweisenden Parlamentswahlen 2010 fort. Die Sozialisten gewannen gerade noch auf 59 der 386 Sitze im ungarischen Parlament. Die rechtsextremen Jobbik kamen auf immerhin 47 Abgeordnete und profitierten gnadenlos vom Bodensatz der Unzufriedenen, die sich von populistischen Parolen vereinnahmen lassen. Einen Überraschungssieg konnte die urbane grün-alternative Bewegung LMP „Lehet Más a Politika“ („Politik kann anders sein“) landen, die über sieben Prozent der Wählerstimmen erringen konnte.

Die größten Herausforderungen für den neuen Ministerpräsidenten Viktor Orbán liegen nun in folgenden Punkten:

- Überwindung der dramatischen Wirtschaftskrise und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Steuersenkungen bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung
- Abbau der Bürokratie und Günstlingswirtschaft sowie Zurückdrängung der grassierenden Korruption
- Deutliche inhaltliche Abgrenzung von der rechtsextremen, anti-semitischen und roma-feindlichen Partei Jobbik

Dazu genießt Orbán sowohl die „Super-Mehrheit“ im ungarischen Parlament als auch den Rückhalt einer großen Bevölkerungsmehrheit. Er tritt nun ein äußerst schweres politisches Erbe an.

Sozialpolitik

Die Einführung eines gemischten privat-öffentlichen **Rentensystems** auf drei Säulen im Jahre 1998 stellte einen großen Schritt hin zu langfristig tragfähigen Staatsfinanzen dar. Diese Maßnahme ist auch deshalb sehr wichtig, da Ungarn wie Deutschland oder andere europäische Länder auch, eine schrumpfende Bevölkerung aufweist. Ein immer kleinerer Teil von jungen Erwerbstätigen müsste dann also in Zukunft einen immer größeren Teil von Rentner/innen versorgen. Dies kann nur geschehen, wenn auch private Rentenvorsorge getroffen wird.

Mit der Reform des immer noch maroden **Gesundheitswesens** wurde erst begonnen. Diese Reform stellt eines der Kernstücke der im April 2010 neugewählten rechts-konservativen Regierung dar. Vor allem in diesem sozialpolitisch brisanten Punkt wird sich die Reformfähigkeit zeigen müssen. Die massiven Spannungen, hervorgerufen bspw. durch Skandale und Krankenhausschließungen und weitere Einschnitte im sozialen System stellen die Gesellschaft, die in sich gespalten ist in ein eher regierungstreues Lager und Regierungskritiker, immer wieder vor Zerreißproben.

Eine weitere immense Herausforderung besteht darin, der wachsenden Minderheit der **Roma** einen fairen Zugang zu langfristigen Arbeitsplätzen außerhalb des öffentlichen Dienstes und der Sozialverwaltung zu verschaffen sowie die bildungspolitische Integration dieser sozial diskriminierten Bevölkerungsgruppe voranzubringen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Seit der Verabschiedung und Umsetzung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Konsolidierungsprogramms Mitte der 1990er Jahre wies Ungarn mehr als zehn Jahre einen dauerhaften, sich selbst tragenden **Aufschwung** mit bislang permanent hohen realen Wachstumsraten zwischen 4 und 6 Prozent **BIP-Wachstum** pro Jahr auf. Der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen war bis 2004 ungebrochen, auch wenn die lukrativsten Privatisierungsobjekte bereits bis 2001 veräußert wurden. Wohl in keiner der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften ist der Strukturwandel derart sichtbar wie in Ungarn. Shopping-Malls und mittlerweile, so wie in den USA oder Deutschland, schon wieder von der Schließung bedrohte Multiplexkinos prägen das Bild der Hauptstadt Budapest, während die östlichen Landesteile mit enormen strukturellen und regionalen Defiziten sowie einer **Arbeitslosenquote** über mancherorts über 20 Prozent kämpfen. Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen und extreme Preisunterschiede auf dem Immobilienmarkt sind ein wichtiger Aspekt der mangelnden Mobilität des Faktors Arbeit. Auch wenn die Ungarn auf den Erfolg der traditionellen ungarischen Erzeugnisse wie Pick-Salami und Tokajer Wein nach wie vor stolz sind, sind Audi-TT-Coupé, DVD-Player von Philips, Nokia-Mobiltelefone und IBM-Computerteile die typischen ungarischen Produkte von heute.

Ungarn ist wegen der hohen Lohnnebenkosten und deutlich gestiegenen Reallöhne längst **kein Billiglohnland** mehr, muss aber den Sprung zum technologie- und wissensbasierten Wirtschaftswachstum erst noch verstetigen. Zum wirtschaftlichen Aufschwung trugen auch die hohen Zuwächse bei den Deviseneinnahmen aus der Tourismusbranche bei. Ungarn mit ca. 10 Mio. Einwohnern findet sich bei den weltweit beliebtesten Tourismuszielen immerhin unter den zwölf bestplatzierten Ländern.

Doch abseits der weit fortgeschrittenen **institutionellen Konvergenz** und **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum, die auch durch ein enorm gestiegenes Handelsvolumen erklärt werden kann, weist die ungarische Wirtschaftspolitik gravierende Mängel in der monetären und insbesondere fiskalischen Konvergenz auf. Sorge bereitete in den vergangenen Jahren die unvermindert hohe Inflationsrate von 4 bis 6 Prozent (bis Ende 2009), die sich aufgrund des vormals hohen Wachstumstempos und der gestiegenen Reallöhne trotz der geldpolitischen Interventionen seitens der Ungarischen Nationalbank nicht in die Nähe des Maastrichter Konvergenzkriteriums senken ließ.

Mit der Einhaltung eines strikten wirtschaftspolitischen Kurses in der Finanz- und Geldpolitik wollte Ungarn schon wenige Jahre nach dem erfolgten Beitritt zur EU dafür gesorgt haben, dass die strengen Maastricht-Kriterien zur **Übernahme des Euro** erfüllt werden können. Es wurden jedoch keinerlei Schritte unternommen, um das Zwillingsdefizit, bestehend aus einer übermäßigen Nettoneuverschuldung des Staates und einem daraus resultierenden Anstieg der Gesamtverschuldung (mittlerweile ca. 80 Prozent des BIP) sowie einer permanenten Verschlechterung der Leistungsbilanzposition (das Defizit betrug Ende 2008 7,3 Prozent des BIP) in den Griff zu bekommen. Ungarn wies ein deutlich verringertes Wachstum des realen BIP von 0,6 Prozent im Jahr 2008 und einen drastischen Wirtschaftsabschwung im Jahr 2009 auf (-6,4 % Schrumpfung der volkswirtschaftlichen Leistung) auf, da wirtschaftspolitische Fehler und die mangelhafte Konsolidierung das Potenzialwachstum hemmen. Bestehende regionale Unterschiede mit hoher Arbeitslosigkeit im Osten und Arbeitskräfteknappheiten im Westen des Landes verstärken den Anpassungsdruck, zumal für Regionalpolitik kaum Finanzmittel zur Verfügung stehen. Anders als in anderen neuen EU-Ländern, wie bspw. Polen, warteten ungarische Landwirte lange vergebens auf Ausgleichszahlungen aus Brüssel, da die administrativen Voraussetzungen nicht geschaffen worden waren. Mittlerweile mahnen Experten zu einer strengen Ausgabendisziplin bei den Staatsfinanzen und der Stärkung der Einnahmenseite im Rahmen der EU-Verpflichtungen.

Die **Arbeitslosenquote**, die zum Zeitpunkt des EU-Beitritts bei einem hervorragenden Wert von unter sechs Prozent lag, stieg bis Ende 2009 auf knapp über 10 Prozent und zählt damit mittlerweile zu den höchsten Arbeitslosenquoten in der EU. Die Gefahr einer gestiegenen strukturellen Arbeitslosigkeit, die auch bei positiven Wachstumsraten nicht abgebaut werden kann, ist durchaus gegeben. Damit würde Ungarn die wirtschaftspolitischen Fehler alter EU-Länder begehen, die man durch konsequente Reformbemühungen immer vermeiden wollte. Bei einem mittlerweile schwachen realen Wirtschaftswachstum wird der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bei den gleichzeitig bestehenden immensen sozialpolitischen Herausforderungen besonders problematisch. Wirtschaftspolitisch steht Ungarn damit an einem Scheideweg zwischen Ankurbelung des Wirtschaftswachstums oder dauerhafter Rezession!

Die Zusammensetzung des Bruttonettoprodukts (primärer Sektor „Landwirtschaft“, sekundärer Sektor „Industrie“, tertiärer Sektor „Dienstleistungen“) ähnelt der in den meisten EU-Mitgliedsstaaten. Besonders bedeutsam für die ungarische Volkswirtschaft ist der Strukturwandel in der verarbeitenden Industrie (z.B. Maschinenbau und Elektroindustrie). Sie zeichnete sich bis zum Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 durch eine **starke Exportorientierung** und eine der weltweit höchsten Produktivitätszunahmen aus. Durch umfassende institutionelle und strukturelle Reformen gelang es Ungarn lange Zeit, ein

robustes Wirtschaftswachstum zu erzielen und die Arbeitslosenquote zu senken. Sie steigt jedoch aufgrund der mangelhaften Ausnutzung des Potenzialwachstums und der vehementen Wirtschaftskrise. Nach Strukturreformen, die mehrere Jahre dauerten und die Entwicklung eines dynamischen, von Unternehmen in ausländischem Besitz getragenen Ausfuhrsektors förderten, konzentriert sich die Wirtschaftspolitik seit dem Jahr 2000 in erster Linie auf die unmittelbare Verbesserung des Lebensstandards durch Lohn- und Rentenerhöhungen und den Ausbau der Infrastruktur durch öffentliche Investitionen, wofür ein höheres Haushaltsdefizit in Kauf genommen wird. Die sich daraus ergebende starke öffentliche und private Inlandsnachfrage federte den Rückgang des Wirtschaftswachstums seit dem ersten Halbjahr 2001 zum Teil ab. Das reale BIP ist von 1997 bis 2006, also innerhalb der letzten zehn Jahre, durchschnittlich 4,5 Prozent pro Jahr stark gewachsen. Damit hat sich auch die reale Einkommenssituation weiter, jedoch bei weitem nicht aller Bevölkerungsteile verbessert. Vor allem Rentner/innen und Geringverdiener leiden unter dem hohen Preisniveau und der gestiegenen Inflationsrate, sodass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage Schwächen zeigt.

Von dem Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise ab 2008 ist Ungarn aufgrund der eigenen zerrütteten Staatsfinanzen besonders stark betroffen. Wegen des hohen Doppeldefizits (Leistungsbilanz und Staatshaushalt) und der hohen Verschuldung der privaten Haushalte, die zu erheblichen Teilen in Fremdwährungen erfolgte, erlitt der Forint gegenüber dem Euro ab Oktober 2008 erhebliche Kursverluste. Die Zentralbank erhöhte daraufhin den Zins um 3 Prozentpunkte. Außerdem musste die Europäische Zentralbank Ungarn einen Swap in Höhe von 5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, weil ungarische Banken die Vergabe von Devisenkrediten weitgehend eingestellt hatten. Nachdem auch der Markt für ungarische Staatsanleihen wegbrach, bat Ungarn den IWF um Hilfe. Am 27. Oktober 2008 gab der IWF bekannt, Ungarn mit einem Rettungspaket zu unterstützen. Die Europäische Union und die Weltbank beteiligen sich ebenfalls an dem Rettungspaket; insgesamt wurde Ungarn ein Kredit von knapp 20 Mrd. Euro gewährt.

Der **Agrarmarkt** zeigt sich exportfähig (z.B. Pick-Salami oder Tokaier Weine), wobei die meisten Exporte in die EU sowie andere mittel- und osteuropäischen Staaten gehen. Der Agrarexport ist der einzige Bereich, in dem ein Handelsüberschuss erzielt wird.

Das Land konnte trotz erheblicher Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben einige bedeutende Verbesserungen der Infrastruktur erzielen. So ist beispielsweise Budapest als erste und bisher einzige mittel- und osteuropäische Hauptstadt an das westeuropäische Autobahnnetz angeschlossen. Ebenfalls nimmt Ungarn neben Tschechien die führende Stellung in Mittel- und Osteuropa bei der Verbreitung von Mobiltelefonen ein. Von 100 Ungarn/Ungarinnen besitzen 85 ein Handy bzw. 32 einen eigenen PKW. Sowohl das Eisenbahn- und das Straßennetz als auch die Energiewirtschaft werden bereits seit längerem modernisiert.

Bei der **Angleichung an EU-Normen** (Gesetze, Richtlinien und Normen) wurden zwar große Fortschritte gemacht. Auch die Ratifizierung des **EU-Vertrags von Lissabon** brachte Ungarn als erstes der 27 EU-Länder auf den Weg. In der konkreten Umsetzung des **Acquis Communautaire** (Rechtsbesitzstand der EU) bestehen allerdings noch große Probleme, besonders im Bereich des Umweltschutzes (Filteranlagen, Kläranlagen etc.) und des Ausbaus einer effizient arbeitenden staatlichen Administration.

Ungarn in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- „Zwei-Parteien-Landschaft“ → bis zu den Wahlen im April 2010 extreme politische Polarisierung und jahrelange dramatische, personalisierte Zuspitzung der Auseinandersetzung auf Ex-Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány und dem neuen, „alten“ (von 1998 bis 2002) Ministerpräsidenten Viktor Orbán
- Erdrutschartiger Sieg der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz und der rechtsextremen Partei Jobbik bei den Parlamentswahlen im April 2010 mit verfassungsändernder Zweidrittel-Mehrheit für die neue Fidesz-Regierung unter Viktor Orbán
- Kampf gegen die dramatische Wirtschaftskrise durch hartes Sparprogramm und Einschnitte, auch im sozialen Bereich
- Umfassende Reform des Gesundheitswesens als weitere Hauptaufgabe der neuen Regierung gefordert
- Langfristige Aufgabe → Überwindung der stark ausgeprägten regionalen Disparitäten „West-/ Ostungarn“
- Deutliche Abschwächung des lang anhaltenden soliden und exportorientierten Wachstums durch wirtschaftspolitische Fehlgriffe, tiefe Rezession im Jahr 2009!
- Währungsstabilität in Gefahr durch mangelhafte Inflationsbekämpfung
- Zudem mangelhafte makroökonomische Konsolidierung → „Zwillingsdefizit“ – hohes Staatshaushaltsdefizit bei gleichzeitigem Leistungsbilanzdefizit (Importe > Exporte)
- Privatisierung, Umstrukturierung und eigentliche ökonomische Systemtransformation weitgehend abgeschlossen
- Deutlich steigende Arbeitslosenquote bei negativem Wachstum des realen BIP → Gefahr der Zementierung struktureller Arbeitslosigkeit auf Dauer

Wirtschaftsgeographie Ungarns

- **Regionen A:** Großraum Budapest, Westungarn (Győr, Sopron)– niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen und Fachkräftemangel, entwickelter Immobilienmarkt
- **Regionen B:** Balaton/Plattensee, Südwestungarn, Debrecen (Ostungarn) – Entwicklung durch Tourismus und neue Industrieansiedlungen, allerdings ausgeprägte saisonale Schwankungen, bereits signifikante Arbeitslosigkeit (insbesondere im Winter)
- **Regionen C:** Südostungarn – höhere Arbeitslosenquote als im Landesdurchschnitt, strukturelle Probleme sichtbar, ländliche Entwicklung durch EU-Transfers?
- **Regionen D:** Nordostungarn – extreme Defizite in ländlichen Strukturen, notleidende Industrien, erzwungene Binnenmigration, unzureichendes Unternehmertum.

Stand: April 2010